



Was ist mit der studentischen
Krankenkasse?

Mietstreik in den Wohnheimen

Fachschaftswahlen

DSZ...

Am Mittwoch den 11.12. hat der Asta ein Flugblatt herausgebracht, auf dem über die fristlose Kündigung der "darmstädter studentenzeitung" in der Studentenparlamentssitzung vom Dienstag vergangener Woche informiert wurde. Die dsz wird also in Zukunft nicht mehr erscheinen. Der Grund dafür waren ganz sicher nicht die, wie der RCDS so wissend formulierte, sogenannte "pseudomarxistischen Plattheiten einer "kommunistischen linken Sektierergruppe". Wer so etwas schreibt, hat entweder Marx oder die dsz nicht gelesen; oder beide nicht. Tatsache aber war, daß die dsz von sehr wenig Studenten an der THD gelesen wurde. Dies war zweifellos auch eine Folge der inhaltlichen Konzeption. Die dsz hatte überregional einen guten Ruf, erfüllte jedoch nicht die Funktion, die einer - Studentenzeitung - zukommt. Nämlich Informationen und Gedanken zu den Problemen zu liefern, die die Studenten und speziell die der THD interessieren. Dieses Problem lag denn auch schon lange auf dem Tisch. In der in den letzten Wochen erfolgten inhaltlichen Diskussion über die dsz wurden auch einige wesentliche Änderungen ins Auge gefaßt. So z.B. ein Zeitungsteil Hochschulnachrichten und eine verstärkte Zusammenarbeit mit den in den einzelnen Fachbereichen existierenden Basisgruppen (s.u.politische Bühne). Kurz gefaßt hatte das geplante neue Konzept folgende Grundlage:

Da die Hochschulinformation des Asta und der Basisgruppen und Fachschaften der Aktualität wegen und aus Platzmangel immer eine gewisse Kürze und damit verbundene Oberflächlichkeit in Kauf nehmen muß, besteht die Notwendigkeit von Artikeln, wie sie in der dsz erarbeitet wurden. Artikel, in denen die Probleme samt gesellschaftspolitischem Hintergrund eingehend bearbeitet werden können. Nur darf es dabei nicht bleiben. Abgesehen davon, daß diese Artikel soweit möglich auf studentische Probleme fixiert sein sollten, muß auch die knappe Hochschulinformation enthalten sein. Nur so ist es möglich, eine Motivation zum Lesen dieser Zeitung zu schaffen. Andernfalls, und das hat die Vergangenheit gezeigt, besteht die Gefahr einer Abgehobenheit von studentischer Realität. Soweit war inhaltlich eine klare Neufassung programmiert. Eine notwendig gewordene genaue Überprüfung der Finanzlage des Asta ergab jedoch, daß der Vertrag mit dem Asta der Fachhochschule Darmstadt über die dsz, der der Redaktion jährlich einen Betrag von ca. 58000-- DM vorsah, nicht mehr einzuhalten war.

Es steht jedoch für uns fest, daß wir eine Studentenzeitung an der THD brauchen. Wir haben uns deshalb entschlossen, eine neue Zeitung im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten herauszubringen. Dies ist die erste Ausgabe, die nächste folgt in den ersten Vorlesungstagen des neuen Jahres, im Wesentlichen zu Thema Hochschulrahmengesetz.

betrifft

Stud. Krankenversicherung

Euch ist sicherlich spätestens seit den aufdringlichen Werbeschreiben der Privatkassen Ende des Jahres 1974 bekannt, daß bezüglich der Krankenversorgung uns eine Änderung ins Haus steht. Die Studenten der THD sind automatisch mit der Bezahlung ihres Semestersozialbeitrages beim Studentenwerk der THD krankenversichert (SKV). In anderen Bundesländern wie z.B. Bayern, übernimmt diese Funktion eine sogenannte Deutsche Studentische Krankenversicherung (DSKV).

Nun hat die 21.ordentliche Hauptversammlung der DSKV die Liquidation der Versicherung zum 30.9.75 beschlossen. Ursprünglich sollte die DSKV zum 31.3.75 aufgelöst werden, da aber der von der Bundesregierung längst versprochene Gesetzentwurf für die Studentische Krankenversicherung noch nicht erschienen ist und das Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht einmal zum 1.4.75 gewährleistet ist, wurde die Liquidation verschoben.

Dies trifft auch für die lokalen SKV's wie z.B. an der THD zu.

Nachdem der VDS die Bundesminister Rohde und Arendt mehrmals auf die katastrophale Situation im studentischen Krankenversorgungssektor hingewiesen, protestiert und seine Forderungen, die weitgehend mit denen des Deutschen Studentenwerkes, des DGB, und der GEW übereinstimmen, der Öffentlichkeit vorgelegt hatte, viele Studenten in lokalen und regionalen Aktionen (NRW, Niedersachsen) für eine Verbesserung ihrer Lage sich einsetzten, wurde am 18.12.1974 im Bundestag die erste Lesung zum studentischen Krankenversorgungsgesetz durchgezogen.

Grundlage der ersten Lesung ist der erst jetzt der Öffentlichkeit vorliegende(!) Gesetzentwurf der SPD- und FDP-Fraktionen, über den sich beide endlich geeinigt haben. Dieser hat folgende Punkte:

1. Bundeseinheitliche Regelung mit einheitlichen Beiträgen und Leistungen nach RVO.
2. Studentische Eigenbeteiligung von 25.--DM monatlich
Zuschuß des Bundes von insgesamt 60 Millionen DM,
 d.h. bei 50-60% familienversicherten Studenten
 von ca. 800 000 Studenten anteilig 15.--DM monatlich
3. Bafögempfeänger erhalten zusätzlich 10.--DM vom Bund, so daß sich ihr Eigenbetrag auf 15.--DM ermäßigt (allerdings sind diese sowieso meistens familienhilfeversichert).
4. Befreiungsmöglichkeit zur Familienhilfe und privaten Krankenversicherung (letzteres auf Druck der FDP-Fraktion)
5. Freie Wahl der gesetzlichen und privaten Kassen; Wohnortprinzip, auf Antrag Studienortprinzip bei der Wahl
6. Inkassomodalität: Halbjährlich im voraus: 150.--DM
7. Inkrafttreten des Gesetzes: 1.10.75

Trotz der bundeseinheitlichen Regelung mit RVO-Leistungen, deren Durchsetzung als Erfolg gewertet werden kann, ist der Gesetzentwurf insgesamt sozial untragbar, bringt entscheidende Verschlechterungen und muß von den Studenten einmütig abgelehnt werden!

Für die Studenten in Hessen beispielsweise bedeutet die studentische Eigenbeteiligung von 25.--DM eine Verdoppelung der Beiträge, soweit nicht Punkt 3.(15.--DM) oder 4. (0.--DM) auf sie zutrifft.

Die vorgesehene Befreiungsmöglichkeit zur privaten Krankenversicherung widerspricht krass der vorgesehenen Einheitlichkeit des Gesetzes, unterstützt Privilegiertenkassen (pflichtversicherungsgrenze), die außerdem noch mit Massensteuern der Lohn- und Gehaltsabhängigen mitfinanziert werden sollen!

Die Inkassomodalitäten stellen eine unzumutbare Belastung dar, während das Bafög monatlich ausgezahlt wird!

Das erst am 1.10.75 in krafttretende Gesetz bedeutet, daß die Katastrophe auf diesem Sektor noch ein 3/4 Jahr weitergehen soll, daß viele Studenten (in Bayern; auch Ausländer) weiterhin unversichert sein werden bzw. sich sehr teuer privat versichern müssen!

Inzwischen versuchen manche Ersatzkassen die desolante Situation auf dem studentischen Krankenversorgungssektor auszunutzen. Die Barmer-Ersatzkasse schickt z.B. an die Eltern von Studenten, die Kinder in der Familienhilfe mitversichert haben, Briefe, und fordert diese unter Bezugnahme auf den längst schon gestorbenen Gesetzentwurf von Rheinland-Pfalz, der die Familienhilfe nicht mehr vorsah, auf, ihn Sohn oder ihre Tochter als Vollmitglieder in dieser Ersatzkasse zu versichern. Hier arbeiten einige Ersatzkassen bewußt mit Verdrehungen und Halbwahrheiten, um voll zahlende Mitglieder zu gewinnen. Dabei soll aber die Familienhilfe in der neuen Koalitionsregelung beibehalten werden. Andere Ersatzkassen (DAK, Hamburg-Münchener, Techniker-Kasse) und selbst private Kassen versuchen zur Zeit mit verstärktem Aufwand und zu dumping-Sätzen neue Mitglieder zu gewinnen. Dabei ist bekannt, daß z.B. die BEK schon jetzt mit Beitragserhöhungen für ihre studentischen Mitglieder liebäugelt.

Der Krankenversorgungssektor in der BRD ist zur Zeit von folgenden Entwicklungen gekennzeichnet:

Die Krankheitskosten steigen überall explosionsartig durch die Preispolitik der Pharma-Konzerne, medizinische Gerätehersteller und der Lobby niedergelassener Ärzte. Nach Berechnungen des Rheinland-pfälzischen Sozialministers Geißler wird der durchschnittliche Beitragsatz der Krankenversicherungen für Arbeiter und Angestellte von z.Zt. 9,5% auf 13,1% des Bruttolohnes im Jahre 1978 steigen. Vor allem haben sich in nur 10 Jahren von 1963 bis 1973 die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung von 12,1 Milliarden auf 40,8 Milliarden mehr als verdreifacht, während die Löhne und Gehälter, von denen der Sozialversicherungsbeitrag abgezogen wird, in dieser Zeit brutto um nur 154% gestiegen sind. Am stärksten sind die Ausgaben für Zahnersatz(51%), Krankenpflege (400%) und Arzneimittel (330%) gestiegen. In der BRD wird am Kranksein profitiert.

Die Allgemeinen Ortskrankenkassen sind in einer besonders kritischen Finanzsituation, weil sie zum größten Teil Rentner versichern, deren Krankheitskosten nur zu einem Teil aus Rentenversicherungsbeiträgen getragen werden. Der Anteil der Erstattungskosten bzw. Zuschüsse des Bundes zu den Erstattungskosten der Rentenversicherung ging von 31% im Jahre 1957 auf 15% im Jahre 1974 zurück. Auch jetzt werden die Bundeszuschüsse noch nicht voll ausgezahlt. Diese Situation für die Allgemeinen Ortskrankenkassen wird dadurch noch verschlechtert, daß bei diesen Kassen ein überregionaler Finanzausgleich nicht möglich ist.

Aus den oben geschilderten Fakten ergeben sich für uns folgende Forderungen:

-Schaffung eines bundeseinheitlichen studentischen Krankenversorgungsgesetzes, das am 1.4.75 in Kraft tritt!

● Sozial-tragbare Beitragssätze von 3% des Bafög-Höchssatzes ohne Darlehensanteil = 75.--DM pro Semester (=6x12,60.--DM). Keine sozial untragbaren Beitragssätze von 25.--DM im Monat!

-Höhere Bezuschussung seitens des Bundes und der Länder, damit die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenversicherten nicht belastet wird. Höhere Bezuschussung durch Umverteilung der Haushalte. Steigerung der öffentlichen Leistungen für das Gesundheitswesen, um im Interesse aller Versicherten mit niedrigem Einkommen weitere Beitragssteigerungen zu vermeiden. Öffentliche Kontrolle der Preisgestaltung der Pharma-Konzerne und Ärztegebühren!

-Tragbare Inkassomodalitäten, keine Halbjährliche Vorauszahlung der Eigenbeteiligung der Studenten. Befreiungsmöglichkeiten nur zur Familienhilfe, d.h. keine Befreiungsmöglichkeit zu privaten Kassen, da diese aus der Krankheit der Versicherten Profite erschließen!

-Mitbestimmung in den satzungsgemäßen Organen der gesetzlichen Krankenkassen (Studenten unterstützen bei den Sozialversicherungswahlen ● e Listen des DGB)!

-Anhebung der Pflichtversicherungsgrenze, wie der DGB es fordert, damit auch Gruppen mit höherem Einkommen in die gesetzlichen Kassen, ~~durch-garantiertes~~ insbesondere in den Allgemeinen Ortskrankenkassen, versichert werden können!

-Stärkung der -Solidargemeinschaft der gesetzlichen Kassen durch garantiertes Verbleiben der Versicherten nach Beendigung des Studiums (heirdurch soll vermieden werden, daß Studenten, die während ihres Studiums mit relativ günstigen Versicherungssätzen haben leben können, nach Beendigung des Studiums in die privaten Privilegiertenkassen abwandern)!

Weitere Informationen beim Sozialreferenten im Asta und beim Studentenwerk der THD Tel 2610 (außerhalb der Hochschule 162610)

Mieterhöhung in den Wohnheimen?

Seit Ende 1974 versucht das Studentenwerk die Mieten in den Wohnheimen um bis zu 14 % zu erhöhen. Die Heimbewohner versuchen sich dagegen zu wehren. Gemeinsam mit dem AstA der TH wurde ein Sammelkonto eingerichtet. An alle Bewohner erging ein Aufruf, ihre Mieten nicht beim Studentenwerk, sondern auf diesem Sammelkonto einzuzahlen. Bereits jetzt Anfang Januar zeichnet sich eine große Beteiligung an diesem Mietstreik ab.

Zur Information:

Das Studentenwerk Darmstadt verwaltet insgesamt 10 Wohnheime

Alexanderstr.	105	Betten
Arheilger Str.	ca. 36	"
Dieburger Str.	72	"
Heinrichstr.	46	"
Nieder-Ramst.Str.	228	"
Öttinger Villa	ca. 20	"
Poststraße Studienkolleg		
Riedeselstr.	191	"
Studentendorf	137	"
Traube	17	"

Die Situation in diesen Wohnheimen ist zum Teil ziemlich mies. Angesichts einiger Wohnheime kann man die von einigen Kreisen geäußerte Meinung, Wohnheimbewohner seien "ganz besonders privilegierte Studenten" nur als blanken Hohn verstehen.

So wurde in der Riedeselstraße aus einem ehemaligen SS-Gefängnis ein Wohnheim gemacht, in dem man für 6,3 qm DM 83,-- zahlt. Bei manchen Räumen ist das Fenster halb zugemauert, dort kostet die Miete dann nur 75 DM. Auch hier soll die Miete erhöht werden. (Das sind 2mal 3 m mit Bett, Tisch und Schrank, mehr nicht!)

Auch einiges Kuriose tut sich da. So wurde in der Dieburger Straße vor alnger Zeit ein Bahnhofshotel gebaut. Da man letztlich die Bahnlinie vergessen hatte, wurde dann irgendwann ein Studentenwohnheim daraus. Dieses Haus steht bereits unter Denkmalschutz! Auch gibt es hier (man höre und staune) 2, 3 und 4 Bett-Zimmer.

Es gibt allerdings auch positivere, d. h. ausreichende Wohnheimzimmer. So in der Alexanderstraße, wo in einem Zimmer auch eine Koch- und Waschnische zu finden ist auf ca. 15 qm (welch Luxus!). Allerdings ist dies nicht umsonst, die Miete beträgt hier 170 - 180 DM.

Die verstärkte Diskussion auch in der Öffentlichkeit (siehe Stern-Artikel über Hamburger Wohnheime vor Weihnachten) hatte in den letzten Jahren allerdings kaum überwältigende Ergebnisse gezeitigt: in den letzten vier Jahren ist es gelungen, ungefähr 60 !!! neue Wohnheimplätze in Darmstadt zu schaffen. Eine beachtenswerte Leistung. (Der gerechtigkeithalber muß gesagt werden, daß am seit Jahre geplanten Karlshofprojekt mit 700 Betten bereits der erste Spatenstich erfolgt ist, leider wird noch nicht gebaut.)

Demgegenüber stiegen die Studentenzahlen im gleichen Zeitraum von 6.500 auf 10.000 an.

Das Bild der Angriffe auf die materielle Situation der Studenten rundet sich allmählich ab:

- SS 73: Erhöhung der Mensapreise von 1,40 auf 1,70 DM
- Okt 73: Zu Beginn des WS 73/74 erfolgte eine Realkürzung der Bafög-Sätze. In der damals durchgeführten Fragebogenaktion ergab sich eine durchschnittliche Kürzung von 113 DM
- Nov 73: Versuch einer Erhöhung der Wohnheimmieten
- Jan 74: Die Preise im Mensa-Cafe wurden durchschn. um 15 - 20 % erhöht
- Jan 74: Bei dem Sternmarsch auf Bonn, an dem sich 40.000 Studenten beteiligten, wurde eine Anhebung des Bafög-Satzes auf 520 DM gefordert. Erreicht wurde eine mehr scheinbare Anhebung auf 500 DM auf Darlehensbasis (s. AstA-Info zur sozialen Situation Dez. 74)

Frühj. 74: Der Versuch, den Wohnheimbewohnern eine Heizgeldumlage von 174 DM abzuverlangen, wurde von diesem zurückgeschlagen. Die Bewohner stellten Anträge beim Sozialamt auf Heizkostenzuschuß von 100 DM und traten diese ans Studentenwerk ab.

SS 74: Trotz einer Verweigerungsaktion des damaligen ASTA wurden die Sozialbeiträge von 72 auf 80 DM erhöht.

Jan 75: Versuch einer Erhöhung der Wohnheimmieten in den Wohnheimen um ca. 14 %.

Die in den letzten Jahren durch die inflationäre Preisentwicklung entstandenen Mehrkosten für das Studentenwerk sollen offensichtlich voll auf die Studenten abgewälzt werden. Und das obwohl die Bafög-Sätze in keiner Weise angemessen steigen. Das Land Hessen bzw. der

Bund sind offensichtlich nicht bereit, diese ständige Verschlimmerung der sozialen Lage der Studenten aufzufangen. Es zeigt sich deutlich ein großer Widerspruch zwischen angekündigten Reformvorhaben der Regierungen des Bundes und der Länder und deren Verwirklichung. Und dies nicht nur im materiellen Bereich. Das zeigt die Entwicklung der Hochschulgesetzgebung in Bayern und Baden-Württemberg und die allmähliche Entwicklung der Diskussion um das HRG und die verfaßte Studentenschaft. (S.dazu auch Artikel "Verfaßte Studentenschaft")

Dies kann nur so erklärt werden, daß die Regierungen weder in der Lage noch Willens sind, sich gegen die tatsächlich Mächtigsten in diesem System, die wirtschaftlichen Kräfte, durchzusetzen.

Nachfolgend veröffentlichen wir hier einige Auszüge aus dem Arbeitspapier des Mietausschusses der Wohnheime.

B) Situation im Lande Hessen

1. Wohnheimträger Land

Das Land Hessen ist meist Eigentümer der Wohnheime (Ausnahme Frankfurt, es gibt dort Wohnheime in den Händen einer Stiftung), aber die Studentenwerke müssen die Abschreibungen für die Immobilien tragen (Riedeselstr. 8, 99 DM pro Bett und Monat).

2. Weigerung zur Erhöhung der Landeszuschüsse

Das Land Hessen weigert sich, die Zuschüsse für die Studentenwerke generell in allen Bereichen zu erhöhen (Mieten, Mensaessen, studentische Krankenversorgung - Sozialbeiträge). Die Studentenwerke erwirtschaften daher in jedem Rechnungszeitraum Defizit.

Die Studentenwerke sehen sich in der Zwangslage, die Preise in den einzelnen Bereichen zu erhöhen. Dort, wo sie sich weigern, werden die Preis-erhöhungen vom Kultusminister per Erlaß diktiert (Marburg SS 73 die Sozialbeiträge, Gießen SS 73 die Wohnheimmieten, Darmstadt am 1. Juli die Mensaessenspreise).

5. Salamtaktik bei der Durchsetzung der sozialen Verschlechterungen

.....
Offensichtlich fürchtet die Kulturs- und Finanzbürokratie ein Wiederaufleben massenhafter studentischer Protestaktionen. Anders ist die Tatsache nicht zu erklären, daß die sozialen Verschärfungen nicht auf einmal in ganz Hessen durchgeführt wurden bzw. werden, sondern Stück für Stück (siehe hierzu in den Klammern zu Punkt B2.).

Anläßlich der Mensaessenspreiserhöhung (über 20 %) in Darmstadt sprach man noch von einer Erhöhung der Sozialbeiträge zu Beginn und einer Mieterhöhung in den Studentenwohnheimen im Verlauf des Wintersemesters. Die am 18.8.73 im DE abgedruckte Verlautbarung, daß die Sozialbeiträge aus technischen Gründen zum Wintersemester 73/74 wahrscheinlich nicht mehr erhöht werden können, reiht sich unseres Erachtens in die ange-

wandte Salamtaktik ein. Es handelt sich dabei entweder um einen üblen Trick, um die bei der Mensaessenspreiserhöhung in Ganz gekommenen Aktivitäten zur Vorbereitung einer Verweigerungskampagne der Sozialbeiträge einzuschläfern oder um den Versuch, die sozialen Verschlechterungen schrittweise durchzuführen. Damit wird ein geschlossenes Vorgehen der gesamten Studentenschaft der THD verhindert und versucht, die 10 % in Wohnheimen lebenden Studenten als "besonders privilegierten" Teil gegen den Rest der als "privilegiert" eingestuften Studenten auszuspielen (Mietdauerbegrenzung 1972).

3. Wohngeld

Studenten erhalten kein Wohngeld, weil sie nicht als unabhängig von zu Hause angesehen werden (Wohngeldkampagne 1970). Der Katalog von Ausnahmen (verheiratet, Vollwaise usw.) wurde erst durch Prozesse vor dem Verwaltungsgericht erwirkt.

Um die Relation Mietpreis/Bafög-Höchstsatz zu verdeutlichen, zwei Beispiele:

Wohnheim Riedeselstraße	105/420	=	25 %
freier Wohnungsmarkt	150/420	=	33 %

Hier deuten sich Auswirkungen zu einem sog. "sozialen NC" an, daß nämlich Jugendliche aus einkommensschwachen Familien unüberwindliche finanzielle Schranken beim Zugang zur Universität entgegenstehen.

Außerdem sei in Darmstadt auf die latent vor dem Kollaps stehende Situation auf dem Zimmermarkt hingewiesen (Bestzung der Oettinger Villa, Traube) und das starke Anheizen der Mietpreise entsprechend Angebot und Nachfrage.

Laut DE vom 29.8.73 haben sich über 4.000 Neuzugänge für das kommende Wintersemester 73/74 angemeldet, von denen erfahrungsgemäß etwa 2.000 das Studium beginnen werden.

Dadurch ist das Projekt Karlshof, mit dessen Bau immer noch nicht begonnen wurde, mit seinen 800 Plätzen nur ein Tropfen auf einen heißen Stein.

c) Das Scheinargument von der "Privilegierung" der Wohnheimbewohner - oder: Der Versuch, die Studentenschaft zu spalten

Aus diversen und z. T. diffusen Kreisen hört man das Argument, die Wohnheimbewohner seien ein "ganz besonders privilegierter" Teil der Studentenschaft. Im Hintergrund dieses Argumentes steht die Tatsache, daß die Weigerung des Landes Hessen, Zuschüsse für die Wohnheime zu zahlen, dazu führte, daß das Defizit im Wohnheimbereich aus dem Sozialbeitragsaufkommen der Studentenschaft abgedeckt wird. Nach dieser Argumentation leben die Heimbewohner als Parasiten auf Kosten der gesamten Studentenschaft.

Die Wohnheime sind eine soziale Errungenschaft, die unbedingt verteidigt werden muß. Mit dem Argument der "Privilegierung" der Wohnheimbewohner wird versucht, den Mangel an Wohnheimplätzen gegen die Heimbewohner zum Zwecke der Spaltung der Studentenschaft zu kehren.

Die Wohnheime sind u. a. eine Einrichtung, die dazu dient, Studenten vor Vermieterwillkür zu schützen, und auch ein Regulativ für Büdenmieten auf dem "freien" Wohnungsmarkt.

Das Versäumnis, eine ausreichende Zahl von Wohnheimplätzen zu bauen (nach dem Düsseldorfer Wohnheimplan für 30 % der Studenten an einer Hochschule) kann man doch nicht den Betroffenen in die Schuhe schieben.

Das demagogische Argument von der Privilegierung der Wohnheimbewohner stellt doch lediglich einen Versuch dar, die Wohnheimbewohner in ihrem Kampf gegen soziale Verschlechterungen zu isolieren und eine Kampfeinheit der gesamten Studentenschaft für die Zahlung und Erhöhung von Zuschüssen an die Studentenwerke und den Bau von mehr Wohnheimplätzen zu verhindern.

Deshalb gilt es, gegen jeden Versuch vorzugehen, durch Herumkurieren an Symptomen den bestehenden Mißstand auf alle "gerecht" zu verteilen. Es steht doch gar nicht die Alternative zur Debatte, Mieterhöhungen in den Wohnheimen oder Sozialbeitragserhöhung, sondern Durchsetzung des Kostendeckungsprinzips in den Wirtschaftsbereichen des Studentenwerkes - d.h. auf Kosten aller Studenten.

In Darmstadt manifestiert sich dies z. Zt. im Wohnheimbereich. In Marburg wird durch die Sozialbeitragserhöhung die gesamte Studentenschaft angegriffen, wie bei uns in Darmstadt zum SS 74.

Deshalb solidarisiert Euch mit dem Kampf der Marburger Studenten gegen die materielle Verschlechterung, indem Ihr hier in Darmstadt gegen die Mieterhöhung in den Wohnheimen kämpft.

Die Vertreter und Interessenten aus den einzelnen Wohnheimen sind der Auffassung, daß wir diesen Kampf nur in Form einer gemeinsamen Verweigerungskampagne der Mieterhöhung und der neuen Mietverträge führen können.

U sind die Schwierigkeiten zur Durchführung solcher Kampfmaßnahmen bekannt. Wenn wir aber keine Verschlechterung unserer Lage hinnehmen wollen, zwingt man uns diesen Kampf auf.

Die Wohnheimvertreter sind bereit, diesen Kampf aufzunehmen, aber dazu ist es unbedingt notwendig, daß die Mehrheit (möglichst alle) der Heimbewohner diesen Kampf selbst trägt.

Jeder Heimbewohner, der glaubt, für ihn bestehe keine Notwendigkeit, gegen die Mieterhöhung und die neuen Mietverträge zu kämpfen, trägt die Verantwortung dafür, daß andere Heimbewohner, die solche Angriffe an ihrer finanziellen Grundlage treffen, in Zukunft höhere Mieten zahlen und schlechtere Mietvertragsverhältnisse in Kauf nehmen müssen.

Von der Mieterhöhung sind die Wohnheime Dieburger -, Heinrich-, Niederamstädter -, Riedeseistraße und Studentendorf (insgesamt ca. 670 Heimbewohner) betroffen. Der neue Mietvertrag soll in allen Wohnheimen eingeführt werden, sofern nicht bereits ähnliche Mietverträge existieren.

Die Arbeitskreise gegen die Mieterhöhung und die neuen Mietverträge in den einzelnen Wohnheimen und die Heimselbstverwaltungen unterbreiten Euch deshalb den Vorschlag, die Annahme der neuen Mietverträge und der Mieterhöhung zu verweigern.

Damit die Heimbewohner über die Beteiligung an der Kampagne die Kontrolle haben, schlagen wir bei Erhalt der Änderungskündigung folgendes vor:

- Die neuen Mietverträge werden nicht unterschrieben, sondern bei den einzelnen Heimsprechern hinterlegt.
- Jeder Heimbewohner kündigt rechtzeitig seinen Dauerauftrag (d.h. 3 bis vorher) und zahlt die alte Miete auf das von den Heimsprechern und vom AstA der THD noch einzurichtende Sonderkonto.
Achtet diesbezüglich auf Aushänge in den Wohnheimen!

Die Heimsprecher und der AstA überweisen den eingehenden Betrag danach an das Studentenwerk.

Dadurch kennen wir die Namen und die Zahl der Beteiligten und können versuchen, die Nichtstreiker zum Mitmachen zu bewegen. Wir wehren uns dadurch geschlossen und sind nicht auf die Mittelsamkeit des Studentenwerkes angewiesen. Falls wir die Auseinandersetzungen verlieren, haben wir dadurch auch die Möglichkeit, einen geordneten Rückzug anzutreten und nicht jeden einzelnen seinem Schicksal zu überlassen.

D) Forderungen

Die von uns zu ergreifenden Maßnahmen müssen unseres Erachtens in drei Richtungen laufen:

a) auf lokaler Ebene

Eine möglichst breite Kampagne zur Verweigerung der Mieterhöhung in den Wohnheimen in Gang setzen, die über AStA und Fachschaften in die gesamte Studentenschaft getragen wird. (s. Punkt C hierzu)

b) auf Landesebene

Über die einzelnen Asten und die Landes-Asten-Konferenz z.B. eine zentrale Demonstration in Wiesbaden vorbereiten und durchführen mit der Forderung nach sofortiger Rücknahme aller bereits durchgeführten und geplanten Teuerungen im sozialen Bereich und Erhöhung der Landeszuschüsse für die Studentenwerke (Punkt B 2), Übernahme der Abschreibungen für Immobilien durch das Land (Punkt B 1), sofortiger Baubeginn des Karlshofs (Punkt A 3 unten)

c) auf Bundesebene

Eine Erhöhung des Bafög-Satzes durchsetzen und auf eine Novellierung des Bundesausbildungsgesetzes dahingehend dringen, daß jährlich die Ausbildungsbeförderung um den durchschnittlichen Prozentsatz der drei preisempfindlichsten Monate des vorhergehenden Jahres automatisch erhöht wird (Dynamisierung) (s. Punkt A1), Wohngeld für Studenten (s. A.3).



Fachschaftswahlen in den Fachbereichen 2,4,5 u. 15

Fachschaften werden durch die Studenten eines Fachbereiches gebildet. Die Interessen dieser Fachschaften werden nach der neuen Studentenschaftssatzung durch gewählte Vertreter, den Fachschaftsvertretern wahrgenommen.

Die Fachschaftsvertretung ist ein Teil der Verfaßten Studenten- und sollte von den Studenten gerade Jetzt aktiv unterstützt werden, da zur Zeit massiv versucht wird, die Selbstverwaltung der Studenten zu eliminieren (vergleiche hierzu das Hochschulrahmengesetz und die Abschaffung der Asten in Bayern)

Beteiligt euch an den Fachschafts-
wahlen und macht damit klar, daß die
Verfaßte Studentenschaft erhalten
bleiben muß.

Einige Fachbereiche haben sich nun entschlossen, die Wahlen zu den Fachschaftsvertretungen noch im Januar durchzuführen, nachdem es versäumt wurde, diese Wahlen zusammen mit den Studentenparlamentswahlen durchzuführen.

Es finden vom 21. - 23. Jan, die Fachschaftswahlen in den FBs 2,4,5 und vom 20. - 22. Jan. im FB 15 statt.

Am 6. Januar mußten die Wahlvorschläge eingereicht sein. Auf der Sitzung des Wahlvorstandes am 8. Jan. im Wahlamt wurden die Listen geprüft und folgende Wahlvorschläge zugelassen:

FB 2 Fachschaftsliste

1	Heyer, Thomas	Juso-HG
2	Dittmar, Cornelia	Unabhängig
3	Ferkinghoff, Gabriele	"
4	Lorbacher, Christoph	Msb-Spartakus
5	Heinbach, Wolfgang	Unabhängig
6	Schöpka, Reiner	KHG

FB 4 Fachschaftsliste Mathe

1	Schneider, Hans-Reinhard	MSB
2	Schulz, H.- Detlef	
3	Rothermel, Annelotte	
4	Fröhlich, Herbert	
5	Führer, Christa	
6	Ullrich, Rüdiger	
7	Seeger, Ernst	
8	Luers, Hajo	

Liste JUSO + Unabhängige

1	Bökmann, Ulrike
2	Gehbauer, Holger
3	Schreiner, Gerhard

FB 5 Fachschaftsliste Physik

1	Friebel, Andreas	MSB Spartakus
2	Bechtloff, Horst	
3	Senger, Peter	JUSO - HG
4	Schilling, Heiner	MSB Spattakus

FB 15 1. Semester - Liste

- 1 Kotowski, Joanna
- 2 Weiss, Irmgard
- 3 Esser, Maria
- 4 Michel, Barbara
- 5 Frühwacht, Albert

Vordiplomsgruppe (3. Sem.)

- 1 Tinkl, Rainer
- 2 Wolff, Gudrun
- 3 Christl, Anne
- 4 Trenzen, Rainer
- 5 Herdel, Peter

Oberstufenliste

- 1 Thum, Rainer
- 2 Schenk, Bernd
- 3 Stein, Winfried
- 4 Klingenburg, Gerhard
- 5 Koch, Hans Heiner

Die Bewerber werden sich und ihr Programm eine Woche vor den Wahlen vorstellen. Der Wahlvorstand wird beantragen, zu diesem Zweck am Do. den 16. 1. die Vorlesungen ausfallen zu lassen.

Die Wahl findet grundsätzlich als Urnenwahl statt, jedoch ist auf Antrag beim Wahlamt THD auch Briefwahl zulässig. Wahlbriefe müssen bis spätestens zum Ende der Wahlzeit beim Wahlamt eingegangen sein. Die Stimmabgabe erfolgt durch Ankreuzen eines Wahlvorschlages in dem dafür vorgesehenen Feld oder Abgabe des Stimmzettels, ohne einen Wahlvorschlag angekreuzt zu haben.

Im FB 2 und FB 5 finden die Wahlen als Persönlichkeitswahlen statt, da in diesen Fachbereichen nur eine Liste abgegeben wurde.

Zu der Wahl werden noch Wahlhelfer aus den betroffenen Fachbereichen gesucht, die an den Wahltagen die Wahllokale übernehmen. Interessierte sollten sich im Asta melden.

Verfasste Studentenschaft -

Urabstimmung?

VDS SVI:

AUFRUF

Kongreß

Verfaßte Studentenschaft

Die Angriffe auf die Verfasste Studentenschaft haben in den letzten Monaten an Intensität zugenommen.

im Juni verurteilte das Obergericht Hamburg den ASTA der Universität dazu, sofort aus dem VDS auszutreten,

im Juli verfügte der hessische Kultusminister Friedeburg, daß die hessischen Asten bis auf weiteres keine Beiträge mehr an den VDS zahlen dürfen,

das CSU-Hochschulgesetz erklärt die Verfasste Studentenschaft in Bayern seit dem 1. 10. 74 für aufgelöst,

die CDU/CSU fordert die generelle Auflösung der Verfassten Studentenschaft. Darauf will sie im Bundesrat bestehen.

Die Angriffe richten sich dabei vor allem gegen die Wahrnehmung des politischen Mandats durch die Organe der Verfassten Studentenschaft, also gegen das Recht der gewählten studentischen Vertreter, sich zu allen politischen Fragen frei zu äußern. Dies aber erst, seitdem fortschrittliche Gruppierungen bei Studentenparlamentswahlen Mehrheiten erringen konnten, seitdem Studenten und andere fortschrittliche Hochschulangehörige begannen, die Ursachen für bestimmte Entwicklungen an der Hochschule im gesellschaftlichen System zu suchen und zu finden.

Noch 1949 bedankte sich die CDZ-Fraktion im parlamentarischen Rat bei der Kölner Studentenschaft für deren Eintreten für das Mehrheitswahlrecht, 1954 rief der damalige Bundesinnenminister Schröder die Deutschen Studentenschaften zu Fackelzügen und Versammlungen anlässlich des "Tags der deutschen Einheit" auf. D.h., die Studenten-

schaft konnte sich, wie schon in der Weimarer Republik so lange politisch betätigen, wie ihre Politik, durchaus legitimiert durch Mehrheitsbeschlüsse, mit der herrschenden Politik übereinstimmte.

Je mehr die Studenten, Asten, Fachschaften, Studentenvollversammlungen und ihre Dachverbände dazu benutzten, den Widerstand gegen Prüfungsdruck und Leistungsstress und die Forderung nach freier Wahl der Prüfer zusammenfassen, ihre Kritik an den angebotenen Studieninhalten zu organisieren und Alternativen zu diskutieren, und gegen die Verschlechterung der materiellen Situation (besonders der Arbeiterkinder) vorzugehen, desto mehr disziplinierenden Maßnahmen war die Verfasste Studentenschaft ausgesetzt, wurde den Studenten verboten, ihren Vertretern klare Aufträge zu geben, wurde die Verfasste Studentenschaft schließlich 1969 in Berlin (West), 1971 an den bayerischen und baden-württembergischen Fachhochschulen und 1974 in ganz Bayern de jure aufgelöst.

Die Tendenz im gesamten Bundesgebiet ist klar: Da, wo die Verfasste Studentenschaft nicht per Gesetz für aufgelöst erklärt wird, soll sie ihrer politischen Funktion beraubt und zur bloßen Sozialhilfeorganisation degradiert werden. Dies wird durch die Konstruktion eines absurden "hochschulpolitischen Mandats" der Verfassten Studentenschaft versucht, das den Fortschritt der Studentenbewegung, nämlich aufzuzeigen und die entsprechenden Konsequenzen daraus zu ziehen, daß Wissenschaft keine "wertfreie" Sache des Elfenbeinturms, sondern eine gesellschaftliche Angelegenheit ist, wieder rückgängig machen soll.

Die Angriffe gegen die Verfasste Studentenschaft sind Teile eines umfassenden Angriffs, der den Studenten mit Hilfe von Plakatierungs-, Versammlungs- und Diskussionsverboten o.ä. jegliche politische Betätigung verunmöglicht werden soll. Die Angriffe sind Elemente politischer Disziplinierung mit der Funktion, durch massive Einschüchterung bis hin zur Kriminalisierung politisch aktiver Studenten das Engagement der Studenten insgesamt schon im Vorfeld beruflicher Tätigkeit zu ersticken oder überhaupt nicht entstehen zu lassen.

In dieser Situation ist es unumgänglich notwendig, die Organe der Verfassten Studentenschaft zu stärken und sie gegen alle Versuche, sie auszuhöhlen und zu zerschlagen zu verteidigen.

Um die Notwendigkeit der Verfassten Studentenschaft zu unterstreichen, die Erfahrungen der Studentenbewegung zusammenzufassen und ausführlich die Debatte über die anstehenden Probleme zu führen, rufen VDS und SVI gemeinschaftlich auf zum Kongreß "Verfasste Studentenschaft und politische Disziplinierung im Hochschulbereich" am 18. / 19. Januar 1975 in München.

SVI o.v.

Verband der Studentenschaften an Fachhochschulen und Höheren Fachschulen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin-West
56 Wuppertal 2 Friedrich-Engels-Allee 164a

vds

Verband Deutscher Studentenschaften
53 Bonn Postfach

Der Kongreß soll den Zusammenschluß der beiden studentischen Dachverbände vds (Hochschule) und SVI (Fachhochschulen) vorbereiten, ein weiterer wichtiger Schritt zur Vereinheitlichung und Stärkung studentischer Interessensvertretung auf Bundesebene.

Der MSB-Spartakus betreibt seit längerem eine Kampagne zur Durchführung einer Urabstimmung zur verfaßten Studentenschaft, die diesen Kongreß vorbereiten soll. Er beruft sich auf angebliche "vds-Beschlüsse" und "bundesweite Aktionen". Tatsache ist, daß vds und SVI angeregt haben, überall dort eine Urabstimmung durchzuführen, wo ein aktueller Anlaß besteht (Prozeß von Hochschule gegen AStA wegen politischem Mandat, usw.). Außerdem werden diese Urabstimmungen fast nur von MSB/SHB-Asten durchgeführt, also nicht "an allen Hochschulen außer der THD". Warum werden wir also zur Verteidigung der verfaßten Studentenschaft keine Urabstimmung durchführen?

Die verfaßte Studentenschaft, d. h. Fachschaften, AStA und vds kann man nur verteidigen, indem sie zur Interessensvertretung benutzt, nicht indem man ihre Wichtigkeit einfach nur proklamiert. Fachschaften und AStA sind kein Selbstzweck, der dazu noch jeden Studenten 10 DM pro Semester kostet! Konkret bedeutet das für uns an der TH heute, daß wir durch AStA und Fachschaften Aktionen organisieren müssen gegen:

- die Verschlechterung der materiellen Situation der Studenten (wie z.B. die VVs und Demo für mehr Bafög, Streik gegen Mieterhöhung in Wohnheimen)
- die Verschlechterung der Studienbedingungen (Hiwi-Misere, verschärfte Prüfungsordnung, Leistungsdruck)

Durch das Hochschulrahmengesetz (HRG) soll jetzt diese materielle Misere an den Hochschulen festgeschrieben, d.h. als Ausgangspunkt und Rahmen für eine Studienreform benutzt werden! Die Qualität der Ausbildung wird dem Mangel angepaßt.

Das bedeutet für uns:

- verschärfter NC (Eingangsprüfung, Interview)
- Kurzstudium durch Regelstudienzeit

- Ordnungsrecht
- kein politisches Mandat für verfaßte Studentenschaft

Wenn wir also ein materielle abgesichertes und qualifiziertes Studium absolvieren wollen, müssen wir uns gegen die im HRG vorgesehenen Maßnahmen wehren. Das können wir nur leisten durch Organe wie Fachschaften, AStA und vds, d. h. durch Organe gewerkschaftlicher Natur. Dadurch erhält die verfaßte Studentenschaft ihre Bedeutung, dadurch wird den Studenten die Wichtigkeit bewußt.

Das bedeutet aber, daß wir uns gegen alle Verschlechterungen im HRG wehren. Es geht nicht an, daß wir eine Urabstimmung gegen eine einzelne Maßnahme des HRG organisieren (verfaßte Studentenschaft), und dabei andere wichtige Angriffe einfach verschweigen. Der MSB-Spartakus geht aber noch weiter: er fordert die Verankerung der verfaßten Studentenschaft im HRG! Er akzeptiert damit praktisch Kurzstudium, NC, Ordnungsrecht usw.!

In einer Woche wird der AStA der TH durch eine Zeitung näher über das HRG informieren und eine Unterschriftensammlung gegen alle Maßnahmen des HRG, gegen die Verabschiedung und Durchsetzung des Gesetzes durchführen und den vds auffordern, bundesweite Aktionen dagegen zu organisieren, dh. für folgende Forderungen:

- materielle Absicherung des Studiums
- Recht auf unabhängige Organisation der Studenten in AStA, Fachschaften und vds (Beitrags-, Satzungshoheit, politisches Mandat)
- Freiheit von Forschung und Lehre (keine Fachaufsicht des Staates)
- Recht auf wissenschaftliches Studium (kein NC, kein Kurzstudium)

Ende Januar wird eine Diskussionsveranstaltung zum HRG stattfinden, zu der wir die Fachhochschule, Schülervertretungen, Gewerkschaften, Professoren einladen.

Neben der Information der Studenten wird ein Ergebnis dieser Aktion sein, daß der AStA von den Studenten als ihr Organ begriffen wird, d.h. die verfaßte Studentenschaft wird gestärkt und damit verteidigt werden. Auch die Fachschaftswahlen in den Fachbereichen 2, 4, 5 und 15 Ende Januar 75 werden zu dieser Stärkung beitragen.

BG-Fachschaft-Chemie

-----PODIUMSDISKUSSION-----

am Montag den 13.1. um 18.00 uhr
im großen Architektursaal
(60/93) auf der Nachtweide !!!

Thema: Berufseintritt und Arbeits-
platz eines Industriechemikers.

Teilnehmer: Prof.Dr.H.Fenger
(Fb.3, Bildungsplanung und Ar-
beitsmarktforschung)
Dr.K.Riedel (Farbwerke Hoechst,
IG Chemie)
Dr.H.J.Quadbeck-Seeger (BASF,
Verband der chemischen Industrie)
Dr.Ische (Farbenforschung Hoechst
Verband angest.Akademiker --VAA)

Asta - Aufruf

-----Der Asta sucht...-----

Freiwillige Helfer.

Bei der Renovierung des Schloss -
kellers ist noch einiges zu tun.
Es muß gestrichen werden und es
müssen elektrische Leitungen ver-
legt werden.

Für Sonntag, Montag, Dienstag und
Mittwoch nächster bzw.dieser Woche
werden noch viele Leute gebraucht
Es wird Bier und andere Getränke
ausreichend vorhanden sein!

Bitte sofort beim Asta anrufen:
Nr. 16-3117 Info-Referat.

-----BILDUNGSABEND-----

Über die Geschichte der Sozial-
demokratie.

Am Montag 13.1.75 um 20.00 Uhr
im Raum 11/23

Weiterer Bildungsabend:
Aktuelle Politik der SPD

Veranstalter : SHB

darmstädter studenten zeitung

Die letzte DSZ - Nummer, 138/
139/140, die "Orient-Nummer"
ist im Asta und in den DSZ-Räu-
men noch vorrätig. Sie kostet
-,90 DM und hat 136 Seiten.
Inhalt: u.a. Bericht über Erdöl-
förderländer, Reisebericht aus
Israel, der Palästina-Konflikt
nach dem 4.Krieg, Revolution in
Südjemen.

Studentenkellereröffnung
nach der Renovierung
mit der Gruppe
Freitag → Embryo ← 17.1.1975

basisgruppen - fachschaften

FB		TERMIN	RAUM
2	Fachgruppe Politik - Geschichte	Mo 10 ⁰⁰	Turm zimmer
3	Zentralrat GWL BG - Sport	Do 20 ⁰⁰ Mi 19 ⁰⁰	12/334 11/101
4 5	Initiativgruppe Mathe - Physik	Mi 16 ⁰⁰	2d/219
7 8 9	BG - Chemie	Mi 20 ⁰⁰	Asta
12 13 14	BG - Bauingenieure	Mo 19 ³⁰	11/52
15	BG - Architektur	Di 17 ⁰⁰	FS-Raum Architektur
16	FS - Maschinenbau BG - Maschinenbau	Di 16 ⁰⁰ Do 18 ⁰⁰	11/102
17 18 19	BG - Elektrotechnik	Mi 19 ³⁰	1/25
20	BG - Informatik	Do 19 ⁰⁰	Inform. Geb 106

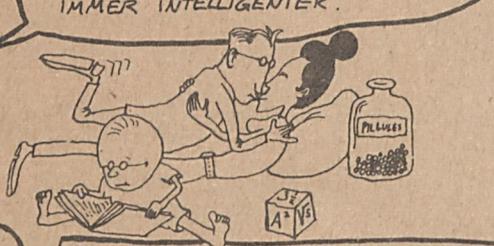
INTELLIGENZ IST SIE VERERBBAR?



DAS WÄRE SICHER EINE KATASTROPHE!

DENN DIE INTELLIGENTEN LEUTE HEIRATEN IMMER MEHR ANDERE INTELLIGENTE LEUTE UND IHRE KINDER WERDEN DANN IMMER INTELLIGENTER.

...WÄHREND DIE DUMMEN AUCH UNTER SICH BLEIBEN! (UND IMMER DÜMMER WÜRDEN...)



SICHERLICH NICHT! DIE INTELLIGENZ HÄNGT VOR ALLEM VOM MILIEU UND DER SOZIALEN SITUATION AB.

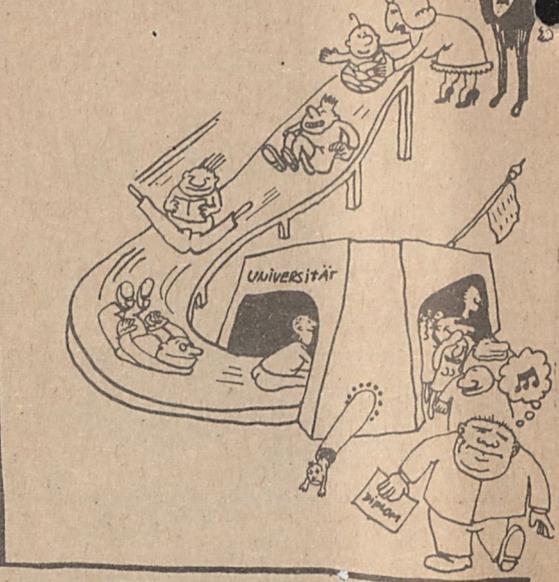
BEI DEN ARMEN WOHLT MAN IN DRECKIGEN KLEINEN HÄUSERN



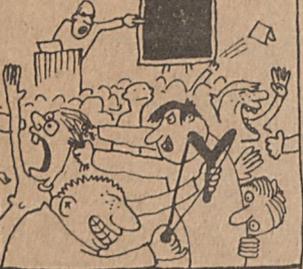
IN GROßEN FAMILIEN



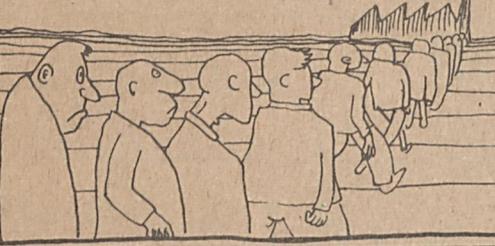
WÄHREND DIE REICHEN LEICHTERE BEDINGUNGEN HABEN, AUF BESSERE SCHULEN ZU GEHEN...



MAN GEHT IN ÜBERFÜLLTE SCHULEN



ALL DAS IST NICHT GÜNSTIG FÜR DIE ENTWICKLUNG DER INTELLIGENZ (WAS DIE BERUFSWAHL ERLEICHTERT)



NA UND? DU BIST WEDER DUMM NOCH REICH...

BEI MIR IST DAS ANDERS...

...SCHON ALS ICH EIN BABY WAR, SAGTEN SIE IMMER...

ER HAT DEN HINTERN VON DER MUTTER UND DEN KOPF VOM VATER.



HÖRT DAS GESCHWÄTZ ENDLICH AUF?

ICH BEZAHLE EUCH NICHT FÜRS FAULENZEN. AN DIE ARBEIT!

ICH PFEIFE AUF IHREN BLÖDSINN. WAS VERERBBAR IST, IST DER ZÄSTER, MIT DEM MAN SICH INTELLIGENTE TYPEN MIETET.

SEHR WAHR, MONSIEUR.

